

Abg. Christa Nickels stellt dar, daß bis zum vergangenen Jahr nur ca. 70.000 Personen ihre Ansprüche auf berufliche Rehabilitierung angemeldet hatten. Sie weist darauf hin, daß die Fristen für die Antragstellung deshalb verlängert worden seien, weil die Aufklärung über die Anspruchstatbestände und -voraussetzungen bislang noch mangelhaft sei. Sie fordert in diesem Zusammenhang die Aufhebung der Antragsfristen. Dies sei deshalb so wichtig, weil viele Betroffenen sich derzeit nach einer Ruhepause sehnten und sich nicht in der Lage sähen, sogleich wieder Antragstellungen vorzunehmen. Die Antragstellung sei vielmehr erst dann zu erwarten, wenn die Betroffenen sich im fortgeschrittenen Alter befänden und sich mit ihrer Rentenbiographie beschäftigen. Hinzu komme, daß eine Reihe von Beweismaterialien insbesondere in der Gauck-Behörde noch immer nicht aufgearbeitet und zugänglich seien.

Der Vorsitzende ruft nunmehr den Themenbereich „Vermögensfragen, Wirtschaft und Mittelstand in den neuen Bundesländern“ zur Diskussion auf.

Abg. Jörg-Otto Spiller richtet an Frau Abg. Nickels die Frage, warum zwar bei den Petitionsausschüssen der Landtage die Petitionen zu offenen Vermögensfragen einen zahlenmäßig sehr hohen Anteil darstellen, nicht jedoch beim Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages. Darüber hinaus fragt er die Vertreterinnen der Petitionsausschüsse der Landtage, wie das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Petenten sei, die Besitzer sind, und denjenigen, die als Alteigentümer Rückübertragungsansprüche geltend machen, und wie die Bilanz der Abhilfe durch die Petitionsausschüsse zu beurteilen sei.

Abg. Christa Nickels berichtet, daß die dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages vorliegenden Eingaben sich vornehmlich auf Sachverhalte beziehen, in denen eine Rückübertragung von Bodenreformland wegen begangener Republikflucht nicht in Betracht kommt. Darüber hinaus sei zwar 1990 ein großer Anteil von Petitionen aus diesem Bereich zu bearbeiten gewesen. Zwischenzeitlich sei jedoch die Gesetzgebung fortgeschritten. Der Themenbereich liege nunmehr in der Landeskompetenz, woraus sich auch die von Abg. Spiller angesprochenen Zahlenunterschiede erklären.

Frau Kozyan, MdL, stimmt dieser Beurteilung zu. In ihrem Ausschuß seien unter den Antragstellern ca. 90 % Alteigentümer.

Frau Köhler, MdL, teilt mit, daß sie sich außerstande sieht, Quantifizierungen in bezug auf die Zahl der Antragsteller vorzunehmen. Sie weist darauf hin, daß zum Teil recht spektakuläre Fälle zu behandeln seien, etwa aufgrund von Begebenheiten im früheren Grenzgebiet.

Frau Einsle, MdL, fügt an, daß die Fälle häufig kombiniert gelagert und Nachweise schwer zu erbringen seien. Sie weist darauf hin, daß der Anteil der Alteigentümer an den Petenten so hoch sei, weil viele Entscheidungen im Vermögensrecht zu einem Stillstand im investiven Bereich geführt hätten. Das betreffe insbesondere die zum Teil unüberschaubare Eigentumslage in Großstädten.

Der Vorsitzende ruft den Themenbereich „alte Seilschaften/Stasiproblematik“ sowie die weiteren zur Beratung anstehenden Themenbereiche zur Diskussion auf.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke spricht die wechselseitig bestehenden Vorurteile und Unkenntnisse der Menschen in den neuen und alten Bundesländern an. Er fragt, was den Referentinnen an gravierendem Unverständnis Ost/West bei Funktionsträgern, die sehr unsensibel agiert haben, aufgefallen ist. Darüber hinaus spricht er die in der Wirtschaft sofort nach dem Fall der Mauer gebildeten Ost-West-Seilschaften an und fragt nach den Erfahrungen, die man mit den daraus resultierenden Befindlichkeiten gemacht hat.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach bezieht sich auf das Eingabewesen in der DDR und fragt nach Hinweisen auf Verhaltens-Kontinuitäten gegenüber dem Parlament, die gegenüber der alten DDR gleichgeblieben sind. Insbesondere möchte er erfahren, ob eine Obrigkeitgläubigkeit besteht und wie weit das Selbstbewußtsein der Petenten ausgeprägt ist. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob die Haltung der Petenten geprägt sei durch Hoffnung auf Hilfe im Einzelfall oder ob auch die Absicht erkennbar sei, dem Gesetzgeber Hinweise zu geben. Er fragt, ob bei den Petitionen auch eine Protesthaltung zum Ausdruck komme. Er möchte zudem mehr über den Anteil derjenigen Petitionen erfahren, die auf Gesetzeslücken hinweisen. Von Interesse sei auch, wie hoch der Anteil derjenigen Petitionen sei, die auf einen Informationsbedarf Rückschlüsse zulassen. In einer weiteren Frage erwähnt er den Vorschlag, einen Härtefonds für bestimmte Fälle einzurichten, die außerhalb aller Regelungsmöglichkeiten liegen. Dies und die Einrichtung von Rechtsberatungsstellen seien Vorschläge, die von der Enquete-Kommission der 12. WP erarbeitet worden waren.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber berichtet, daß sich an die ZERV eine Reihe von Personen wenden, die sich als Opfer alter Seilschaften und Fortwirken der Zersetzungshandlungen auch nach der Wiedervereinigung bezeichnen. Er wirft die Frage auf, wie man derartige Probleme aus Sicht der Petitionsausschüsse handhaben sollte.

In Mecklenburg-Vorpommern gehen, wie **Frau Kozián, MdL**, berichtet, auch Petitionen zur Thematik „alte Seilschaften“ ein, die jedoch in der Regel anonym sind. Sofern in den Petitionen jedoch Namen von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes genannt würden, setzten sich die Ministerien damit auseinander. Eine Reihe von Petitionen sprächen sich dafür aus, nicht jeden zu verurteilen, der in der Zeit vor 1989 mit der Stasi zusammengearbeitet hat. Vielfach seien die Petenten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die um Wiedereinstellung nachsuchen. Hier gebe es auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Mecklenburg-Vorpommern, dem Petitionen zugeleitet würden. Sie legt darüber hinaus dar, daß die Zahl der Eingaben zunehme und dies daraus resultiere, daß inzwischen das Vertrauen zu dem Petitionsausschuß des Landtages in der Bevölkerung deutlich zugenommen habe. Dies führt sie auch